

Festschrift für Norbert Kartmann –

**von Christian Wulff, Bundespräsident a.D., Vorsitzender des Stiftungsrates der
Deutschlandstiftung Integration**

Das Wissen über den Fremden – Schule als Brücke zur Gemeinsamkeit

Im Jahr 2016 hatten in Deutschland über 20% der hier lebenden Menschen eine Migrationsgeschichte. Das sind mehr als 17 Millionen Menschen. Sie sind oftmals in Deutschland geboren, viele haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Andere sind zu uns gekommen, haben dieses Land als das ihre angenommen, haben es mit aufgebaut und wurden Teil unserer Gesellschaft.

Das ist über die Jahrhunderte gesehen der Regelfall gewesen: Deutschland hatte es auch aufgrund seiner geographischen Lage immer wieder mit Migrationsbewegungen zu tun, seien es die Hugenotten im 17. Jahrhundert, die vor den Folgen des Edikts von Fontainebleau aus dem Frankreich Ludwigs des XIV. flohen, die vielen Menschen aus Polen (darunter viele Deutsche) und später vor allem auch der Türkei, die im Laufe der letzten 150 Jahre an den unterschiedlichsten Wachstumsphasen der deutschen Wirtschaften ihren Anteil hatten, oder auch die politischen Flüchtlinge des vergangenen Jahrhunderts, vor allem aus dem Iran nach 1979 und die Boat People aus Vietnam.

Sie alle haben unser Land bereichert – wirtschaftlich, vor allem aber auch kulturell und ideengeschichtlich. Ohne talentierte und fleißige Menschen, deren Wurzeln in anderen Ländern und Kulturkreisen liegen, wäre Deutschland heute weder Export- noch Fußballweltmeister. Ohne Sami Khedira, Mesut Özil, Jerome Boateng oder etwa auch Miroslav Klose wäre Deutschland 2014 in Brasilien wohl schon in der Vorrunde gescheitert. Ohne die vielen Kontakte in alle Welt wären wir nicht so anerkannt.

Das alles sei vorangestellt, wenn es um das Wissen über „den Fremden“ geht: der, den wir gestern noch als „Fremden“ empfanden, wurde oft Nachbar, dann Freund und Vertrauter – und in vielen Fällen ist den Beteiligten selbst heute gar nicht mehr bewusst, dass ihre Wurzeln einmal außerhalb Deutschlands lagen. Etwas oder jemanden als „fremd“ zu empfinden, ist zunächst vor allem eine Haltung desjenigen, der diese Definition vornimmt – und keine Eigenschaft des vermeintlich „Fremden“. Das ist eine gute Nachricht, denn Haltungen können sich ändern, subjektiv empfundene Fremdheit kann abgebaut und umgewandelt werden.

Am Ursprung dieser Haltung steht die Angst gegenüber dem, was wir als anders wahrnehmen, als abweichend von dem uns Vertrauten. Das ist an sich nichts Schlimmes und hat als natürlicher Reflex unserer Spezies in der Entwicklungsgeschichte wahrscheinlich manchmal das Überleben gesichert. Mit Blick auf die modernen Gesellschaften hat es der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Baumann wie folgt ausgedrückt: *„Fremde bedeuten das Fehlen von Klarheit, man kann nicht sicher sein, was sie tun werden, wie sie auf die eigenen Handlungen reagieren würden; man kann nicht sagen, ob sie Freunde oder Feinde sind – und daher kann man nicht umhin, sie mit Argwohn zu betrachten.“*

Wir kennen diesen Argwohn als konstituierendes Element der Erziehung an einigen Stellen – wenn wir unseren Kindern etwa beibringen, nicht zu anderen, nicht vertrauten (ergo: fremden) Menschen ins Auto zu steigen, oder an der Haustür immer zuerst zu fragen, wer geklingelt hat, bevor man die- oder denjenigen einlässt. Es ist also wichtig, diesen Reflex des Argwohns zu akzeptieren bzw. ihn den Menschen zuzugestehen. Wesentlicher Teil des Sich-vertraut-Machens ist zunächst, zu erkennen, was dem Vertrauten *nicht* entspricht und diesen Unterschied auch benennen zu dürfen.

Die Digitalisierung hat unser Leben stark verändert. Sie hat auch unser Verständnis von Vertrautheit und Vertrautem verändert. In den Sozialen Netzwerken haben die Menschen ganze Armeen von Freunden. Durch das Netz können wir uns die ganze Welt nach Hause holen, oder wie Hannah Arendt das bereits 1968 sehr weitblickend geschrieben hat: Jedes Volk ist „der unmittelbare Nachbar jedes anderen geworden.“ Nun weiß, wer einmal in einer Großstadt gelebt hat, dass Nachbarn einem beileibe nicht immer vertraut sein müssen. Dieses dauerpräsenste Nebeneinander der Informationen, die einem nur scheinbar vertrauten Freunde haben bei vielen Menschen dazu geführt, dass sie sich zurückziehen in den innersten Kern des ihnen *wirklich* Vertrauten und diesen gegen alle Änderungen und Eingriffe von außen zu schützen versuchen. Hier setzen diejenigen an, die Angst und Misstrauen zur Richtschnur des menschlichen Denkens machen wollen. Das „Fremde“, die „Fremden“ werden dann zur scheinbar allgegenwärtigen Bedrohung, denen man entgegentreten müsse, mit allen Mitteln.

Für die Betrachtung von Fremdheit in der Gesellschaft und der Frage, wie Schule die Brücke der Gemeinsamkeiten bauen kann, ist das deshalb von Bedeutung, weil es die Grundbedingungen deutlich verändert: Kinder wachsen heute in einer polarisierten

Welt auf. Der Schritt, den ursprünglichen Argwohn durch Kennenlernen des bislang Nicht-Vertrauten, durch Wissensvermittlung zu überwinden, scheint heute, da die Anstachelung zum Hass gegen (Im-)Migranten, Andersgläubige und Minderheiten in vielen Ländern und auch in Teilen der deutschen Gesellschaft schon gesellschaftsfähig geworden ist, eine ungleich schwierigere Aufgabe zu sein als noch vor wenigen Jahren.

Dabei ist die Überwindung des Argwohns für unsere offene Gesellschaft andererseits von zentraler Bedeutung. Nur in einem Klima der grundsätzlichen Offenheit und Akzeptanz von Vielfalt der Menschen und Meinungen, kann der Wettbewerb der Ideen, den wir liberale Demokratie nennen, gelingen. Es geht darum, Menschen an dieser Gesellschaft teilhaben zu lassen. Friedensnobelpreisträger Erzbischof Tutu hat in Abwandlung des berühmten Satzes von Descartes „Ich denke, also bin ich“ formuliert: „Ich bin Mensch, weil ich dazugehöre.“ Weshalb die Demokratie die bestmögliche Staatsform ist, weil sie diesem Bedürfnis nach Zugehörigkeit aller (und nicht nur weniger oder einer Gruppe) am besten gerecht werden kann. Dem hat das Koordinatensystem unseres Landes, das Grundgesetz, Rechnung getragen: Ob ein Mensch dazugehört oder nicht, darf in unserem Land nicht davon abhängen, woher seine Vorfahren kommen, an welchen Gott er glaubt und ob er überhaupt glaubt oder welche Hautfarbe er hat. Aus den Erfahrungen des Dritten Reichs und des Nationalsozialismus heraus haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes dieses bewusst so gestaltet, dass es die verschiedenen Lebensentwürfe gleichberechtigt nebeneinanderstellt. „Fremdheit“ ist eine Kategorie, die dauerhaft in diesem System keinen Platz mehr haben kann. So vielgestaltig die einzelnen Lebensentwürfe sein mögen, wir müssen doch alle einen Platz in dieser Gesellschaft finden. Ausgehend von der Würde des Menschen, die das Grundgesetz an den Anfang stellt, als Leitgedanken alles Folgenden, haben die Menschen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an dieser Gesellschaft, auf Gleichheit vor dem Gesetz.

Dieses auch für kommende Generationen durch Erziehung zu ermöglichen, liegt zuerst im Auftrag, der die Erziehungsberechtigten trifft, wie Art. 6 II S.1 es formuliert: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Wir wissen, dass – unabhängig vom verfassungsrechtlichen Auftrag – die Eltern als Vorbilder bewusst oder unbewusst

erziehen. Karl Valentin hat es humorvoll zugespitzt: „Erziehung ist zwecklos. Denn Kinder lernen immer vom Vorbild.“

Daneben ist es vor allem an den staatlichen Bildungseinrichtungen, den Auftrag des Grundgesetzes (Möglichkeit zur Teilhabe) umzusetzen. Der Staat ist oftmals gerade dann und dort gefragt, wo Eltern diesem Auftrag nicht nachkommen (können). Dass in immer mehr Bundesländern immer weitergehend auf Kita-Gebühren verzichtet wird, zeigt dabei zweierlei: Zum einen, dass man die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung immer klarer erkennt – zum anderen, dass die Defizite in diesem Bereich immer größer oder zumindest: immer deutlicher gesehen werden.

Nun findet, wie oben bereits angedeutet, Schule ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern interagiert immer auch mit der sie umgebenden Gesellschaft. Dass die Schülerinnen und Schüler immer problematischer werden, ist wohl eine Art Grundannahme jeder Lehrergeneration. Diese Aussage allein muss uns also noch nicht besonders nachdenklich stimmen.

Was allerdings die Rahmenbedingungen für Schule heute allgemein und fundamental verändert, ist wiederum die Digitalisierung. Sie stellt die Auswahl der Inhalte, die Wahl der Methoden, ja: perspektivisch vielleicht auch das Modell einer durchgehenden Präsenzschiule insgesamt in Frage. Das hat auch Auswirkungen auf den Auftrag, die Teilhabe junger Menschen an der sie umgebenden Gesellschaft zu ermöglichen. Konkret es dann darum, Menschen auszubilden, die sich auch in Zukunft, im lauten Wirrwarr eines immer weiter verzweigten und immer enger verbundenen Netzes ihre Meinung bilden können – jedenfalls in einem so hinreichenden Maße, dass sie an dieser Gesellschaft teilhaben können. Dem Entwicklungschef von Google wird ein Zitat zugeschrieben, wonach sich im 21. Jahrhundert mehr verändere als in den 20.000 Jahren Menschheitsgeschichte zuvor. Das zeigt doch, wie die Kräfte sind, die auf unsere Lebensentwürfe einwirken – und die unserer Kinder zumal!

Es geht darum, ihnen diejenige Kompetenz zu vermitteln, die nötig ist, um sie möglichst immun zu machen, gegen Hasstiraden und pauschale Schuldzuweisungen an die „Fremden“. Es geht um die Kompetenz, die heute und wohl auch zukünftig unabdingbar ist, um den Schritt gehen zu können, weg vom Argwohn, hin zu einer Offenheit, die Dialog und Kennenlernen ermöglicht.

Wir wissen: Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn kulturelle Begegnung führt zu Herausforderung, Ablehnung, Infragestellen der eigenen Position; dann beginnt der spannende Prozess des Voneinanderlernens, den wir Integration nennen. Das geht über Toleranz hinaus. Toleranz allein reicht nicht für den Aufbau einer wahrhaft pluralistischen Gesellschaft. Das Wort bedeutet im Ursprung, „etwas zu ertragen, zu erdulden, auszuhalten.“ Es muss uns um Respekt gehen, um gegenseitiges Vertrauen und darum, dass man sich einbringt für ein gemeinsames Ganzes. Der französische Philosoph Bernard-Henry Lévy hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass Toleranz eine gewisse Distanz voraussetze, die es im Sinne von mehr Brüderlichkeit zu überwinden gelte.

Grundvoraussetzungen sind Offenheit und Neugier. Als Einzelne müssen wir in unseren Lebensentwürfen, in unseren Vorstellungen davon, wie wir in Zukunft leben werden, flexibel bleiben. Das ist umso schwerer, je älter man wird – und gerade deshalb müssen wir damit in den Kitas, in den Schulen ansetzen. Als Einzelne, aber auch als Gesellschaft insgesamt müssen wir verstehen, dass Kultur kein festgefügt, statisches Gebilde ist, sondern etwas dynamisches, das sich fortwährend wandelt. Das sehen wir ja gut an Deutschland selbst: Inzwischen gehört Fatih Akin zu den herausragenden deutschen Filmemachern, und Navid Kermani ist einer der profiliertesten deutschen Schriftsteller. Ranga Yogeswarer erklärt uns die Wissenschaften, und Helene Fischer ist wohl die momentan erfolgreichste deutsche Sängerin.

Mehr denn je braucht die Überwindung des Argwohns daneben aber auch ein festes Gerüst an Werten, mit denen wir junge Menschen ausstatten müssen – eben den Werten, die das Grundgesetz ausmachen, darunter die Meinungs- und Religionsfreiheit und natürlich auch die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz.

Offenheit für Neues und vermeintlich Fremdes einerseits ist wichtig – wichtig ist andererseits aber eine Haltung, aus der heraus man selbstbewusst (im Sinne von: seiner Selbst bewusst) den eigenen Argwohn überwinden kann. Das Ziel muss sein, Kinder fit zu machen für das Leben in einer Gesellschaft, die zunehmend multikulturell, multireligiös und multiethnisch geprägt sein wird – und die nach festen Regeln arbeitet, an die sich alle halten müssen. Dieser Aspekt – law and order – ist unverzichtbar, ein beliebiges Nebeneinander, ein Multi-Kulti in Beliebigkeit wird nicht funktionieren. Dabei

spielt Schule eine wichtige Rolle: Das Befolgen von Regeln, das Wissen darum, dass diese ohne Ausnahme für alle gelten und von den Lehrern auch durchgesetzt werden, kann und muss vieles dort korrigieren, wo diese Konsequenz im Elternhaus nicht vermittelt wird. Klar scheint mir jedenfalls, dass law and order nicht erst auf Ebene der Strafverfolgungsbehörden einsetzen darf, dann wäre es zu spät. Die Leitplanken müssen von der Gesellschaft frühzeitig eingezogen und von den Eltern und den Verantwortlichen in den Kitas und Schulen aufgezeigt und ihre Beachtung eingefordert werden.

Dazu gehört auch, dass diejenigen, die neu zu uns kommen und hier leben können, unsere Sprache beherrschen müssen. Auch das ist so eine Leitplanke, mit der wir Teilhabe ermöglichen und Parallelgesellschaften vermeiden. Wenn es etwa bei Kindern und Jugendlichen türkischer Abstammung nachvollziehbarerweise darum geht, die kulturellen und sprachlichen Bande zur Heimat ihrer (Groß-)Eltern nicht zu verlieren, dann ist klar, dass davor eine muttersprachliche Beherrschung der deutschen Sprache kommen muss. Niemandem ist geholfen, wenn Kinder weder die eine noch die andere Sprache gut beherrschen, sondern beide ein bisschen. Deutsch muss die Muttersprache dieser Kinder sein, und wir müssen verstärkt daran arbeiten, dass sie Deutschland als ihr Vaterland ansehen. Denn auch das ist ein wesentlicher Aspekt von Teilhabe: sich in einem Land zu Hause zu fühlen, es als Heimat zu begreifen und sich dazu zu bekennen.

Darüber hinaus erfordert eine offene Gesellschaft allerdings noch mehr als das. Mir scheint es wichtig, auch von Seiten der Schulen den jungen Menschen immer wieder deutlich zu machen: Eine Demokratie lebt vom „demos“, dem Volk – sie lebt von der Beteiligung, die wenn sie ermöglicht wird, von den Menschen auch ausgeübt werden muss. Die offene Gesellschaft lebt von den Werten, die das Grundgesetz benennt und schützt – auch hier gilt: diese müssen offensiv verteidigt und eingefordert werden. Uns muss klar sein, dass wir den Fortgang all dessen, was unser Land ausmacht, nicht geschenkt bekommen werden. Auch das muss Schule vermitteln.

Viele der Brücken ergeben sich von ganz alleine. Das wissen wir aus Erfahrung. Wenn der beste Freund, der Nachbarsjunge aus der Türkei kam, dann war das irgendwann einfach egal: Man gewann zusammen Fußballspiele, durchlitt gemeinsam Mathetests und beklagte sich in derselben Melodie über die Flut an Hausaufgaben. Gerade bei Kindern machen wir doch die Erfahrung, wie schnell sich ein Gefühl des Vertrautseins,

ein Gemeinsames ergibt, wenn man ihnen einen verlässlichen Rahmen des gegenseitigen Respekts bietet. Diesen Rahmen zu bieten, ist neben vielem anderen die Aufgabe von Erziehern und Lehrern. Unter anderem deshalb ist es so wichtig, für diese Berufe möglichst Motivierte und möglichst die Besten zu gewinnen.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, Diskriminierung, Rassismus und Hass aus den Schulen herauszuhalten. Und das mag auch der Fall sein, wenn wir über direkte und offene Diskriminierung sprechen. Dennoch stellen wir fest, dass unsere Schulen insgesamt noch nicht immer dazu geeignet sind, soziale und (oftmals damit verbundene) ethnische Diskriminierung zu überwinden.

Als „fremd“ werden zum Beispiel ja oft auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung empfunden. Auch sie werden ausgegrenzt und diskriminiert, auch in diesen Fällen geht es oft um Argwohn und Angst derjenigen, die ausgrenzen. Auch hier müssen Vorurteile ab- und Brücken gebaut werden. Schule inklusiv zu gestalten, ist ein richtiger Schritt, und in vielen Bundesländern ist in diesem Bereich in den letzten Jahren viel unternommen worden. Wichtig scheint mir hier besonders, dass wir dieses Projekt nicht unter Maßgabe der Finanzminister, sprich: als Möglichkeit zum Stelleneinsparen, sehen. Inklusiver Unterricht kann nur gelingen, wenn er personell ausreichend unterfüttert ist. Wer Inklusion als Mittel zur Kostensenkung sieht, der wird damit großen Schaden anrichten und der Sache einen Bärendienst erweisen.

Dass unsere Schulen inklusiver werden müssen, betrifft übrigens auch den Bereich der sozialen Inklusion. Die soziale Durchlässigkeit unserer Bildungssysteme ist viel zu gering, und es ist erschreckend, dass wir als eines der reichsten Länder der Welt nicht in der Lage sind, hier Brücken zu schlagen und Wege zu öffnen, damit alle Kinder in unserem wenn schon nicht gleich, so doch: gute Chancen haben. Das würde zu gelingender Integration derjenigen Kinder, die eine Migrationsbiographie haben, entscheidend beitragen. Das Integrationsproblem, das wir heute in Teilen Deutschlands immer noch haben, ist eines, das auch mit nach wie vor schlechteren Bildungsbiographien und entsprechender sozialer Zugehörigkeit zu tun hat. Da ist vieles möglich, viele Potenziale warten darauf, erkannt und gefördert zu werden, wie etwa das Beispiel von Albert Camus zeigt, der mit seinen Büchern „Der erste Mensch“ und „Der Fremde“ ja geradezu Pflichtlektüre bei diesem Thema ist: einem bildungsfernen Haushalt in Algerien entstammend, wurde er durch gezielte Förderung zu einem der führenden Schriftsteller und Philosophen seiner Zeit.

Wirksames für die Integration von Kindern muslimischen Glaubens kann etwa auch durch einen flächendeckenderen und vor allem: besser organisierten muslimischen Religionsunterricht an deutschen Schulen geleistet werden. Natürlich sollte muslimischen Kindern und Jugendlichen ebenso wie ihren Mitschülerinnen und Mitschülern christlichen Glaubens die Möglichkeit gegeben werden. Und ebenso selbstverständlich muss unser Staat den Anspruch haben, dass die dort gelehrt Inhalte nicht den Vorschriften unserer Rechtsordnung und den Ideen des Grundgesetzes zuwiderlaufen – und er muss dies auch nachverfolgen können. Dafür brauchen wir mehr in Deutschland ausgebildete muslimische Religionslehrer. Die Zahl der Fakultäten, die diese Ausbildungsmöglichkeit anbieten, muss dringend steigen, das scheint mir ein zentraler Auftrag für diejenigen zu sein, die sich der Integration verpflichtet fühlen. Es hilft nichts, der Türkei vorzuwerfen, dass sie die hierher entsandten Imame nach eigenen Vorgaben steuert – wir brauchen Alternativen!

Wenn ich an anderer Stelle von der klaren Haltung schrieb, die wir entwickeln und durchsetzen müssen, dann gehört dazu auch, denjenigen Aspekten von Religion in der Schule klar entgegenzutreten, die den Werten des Grundgesetzes widersprechen. Dabei ist es egal, ob es dabei um den Islam, das Christentum oder eine andere Religion geht. Wichtig ist, dass die Diskussionen darum, was zulässig ist und was nicht (etwa bzgl. der Frage des Kopftuchtragens im Unterricht und der Teilnahme muslimischer Mädchen am Schwimmunterricht), von grundsätzlicher Empathie geprägt ist und aus einer Haltung des gegenseitigen Respekts geführt werden, die eben das umsetzen, was das Grundgesetz fordert: Es gibt keine Hierarchie unter den Glaubensbekenntnissen. Niemand muss sich für seinen Glauben rechtfertigen.

Das Ziel von Schule muss es sein, dass junge Menschen, dem, was ihnen „fremd“ erscheint, mit Neugier mutig und selbstbewusst entgegenzutreten. Das Ziel muss die Überwindung von Angst sein, die den Menschen die Augen verschließt vor den großartigen Möglichkeiten, die sich ihnen in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft eröffnen. Es geht dabei um Hoffnung für die Einzelnen und für die gesamte Gesellschaft – und darum, sein Leben im Wesentlichen selbstbestimmt gestalten zu können. Das hat Barack Obama in seiner Rede vor den Vereinten Nationen 2014 wunderbar auf den Punkt gebracht:

„Wir entscheiden uns für Hoffnung und gegen Angst. Wir sehen die Zukunft nicht als etwas, das außerhalb unserer Kontrolle liegt, sondern als etwas, das wir besser machen können.“